

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

22. Juli 2013

Afghanistan

Sicherheitslage

Auch in der vergangenen Woche gab es Kampfhandlungen und Anschläge, deren Ziel überwiegend Repräsentanten des afghanischen Staates oder Mitarbeiter der ausländischen Militärs waren. So wurde am 17.07.13 in der Stadt Karuch (Provinz Herat, Westafghanistan) ein Staatsanwalt von Taliban erschossen. Bei dem Opfer handelte es sich um einen Bruder des Sicherheitsberaters und ehemaligen Ministers Rangin Dadfar Spanta. In der Provinz Logar (südlich von Kabul) erschossen Taliban am 18.07.13 acht afghanische Arbeiter, die für die ISAF tätig waren. Die Arbeiter waren auf dem Weg zur Arbeit überfallen und mit Kopfschüssen hingerichtet worden. Am selben Tag wurden in der nordafghanischen Stadt Kunduz bei einem Angriff der Taliban auf eine Polizeiwache zwei Polizisten getötet und zwei verletzt. Am 19.07.13 ereigneten sich an verschiedenen Orten der südafghanischen Provinz Helmand vier Anschläge. Dabei starben fünf Mitarbeiter des afghanischen Geheimdienstes, drei Polizisten und sechs Zivilisten. In der benachbarten Provinz Kandahar wurden bei Bombenanschlägen mindestens fünf Zivilisten getötet und neun verletzt. Die Anschläge ereigneten sich in den Distrikten Pandschwai, Arghandab und Spin Boldak. Weiterhin gab es am vergangenen Wochenende Kampfhandlungen, bei denen nach Angaben des afghanischen Innenministeriums afghanische Regierungstruppen und NATO-Einheiten innerhalb von 24 Stunden mindestens 30 Taliban-Kämpfer getötet haben sollen.

Großbritannien gewährt Bleiberecht für afghanische Helfer

Presseberichten zufolge will die britische Regierung rund 600 Personen, die besonders gefährliche und anspruchsvolle Tätigkeiten (i.d.R. Dolmetscher) für die britischen Streitkräfte ausgeübt haben, ein Bleiberecht einräumen.

Rückschläge für Frauenrechte

Nach Informationen der Menschenrechtsorganisation liegt dem afghanischen Parlament der Entwurf zu einer Änderung des Strafprozessrechtes vor, wonach Zeugenaussagen von Verwandten in Strafprozessen verboten werden sollen. Danach könnten beispielsweise Opfer und Zeugen häuslicher Gewalt oder von Zwangsverheiratungen nicht mehr vor Gericht aussagen.

Bereits im Mai soll laut Human Rights Watch eine Änderung des Wahlrechts beschlossen worden sein. Hiernach wurde die bisherige für Frauen reservierte Quote von 25 % der Abgeordnetensitze pro Provinz auf 20 % gesenkt. Weiterhin habe Präsident Karzai mit Abdul Rahman Hotak ein früheres Regierungsmitglied der Taliban zum Mitglied der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC) ernannt. Dieser hatte sich mehrfach gegen das Gesetz zur Eliminierung von Gewalt gegen Frauen (EVAW-Law) ausgesprochen.

Pakistan

Khyber Pakhtunkhwa

Am 18.07.2013 wurde ein Fahrzeug des FC in dem Dorf Kamar in der FATA-Agentur Bajaur (Khyber Pakhtunkhwa) von Unbekannten überfallen. Zwei Soldaten wurden getötet und vier weitere wurden verwundet. In der Region sollen sich Verstecke von Taliban und al-Qaida befinden.

Am 19.07.13 wurden zwei Angehörige des paramilitärischen FC während einer Patrouillenfahrt in dem Gebiet Akkakhel, Unterdistrikt Bara durch einen improvisierten Sprengsatz am Straßenrand getötet. In Reaktion darauf wurden am 20.07.13 vier Angehörige des Frontier Corps (FC) und 15 pakistanische Taliban während einer Operation gegen Militante in dem Gebiet Akkakhel, Unterdistrikt Bara, FATA-Agentur Khyber, Khyber Pakhtunkhwa, getötet.

Punjab

Bereits am 09.06.13 wurden bei einem Festmahl im Unterdistrikt Mailsi des Distrikts Vehari (Punjab) 27 Gäste vergiftet. Darunter waren zahlreiche Familienmitglieder des Gastgebers Aurangzeb Khichi, eines Abgeordneten der Partei Pakistan Tehreek-e-Insaf. Bei der Khichi-Familie soll es sich um eine mächtige feudale Sippe handeln. Ein Verwandter des Abgeordneten, dessen Vater als parteiloser Konkurrent im gleichen Wahlkreis angetreten und unterlegen war, soll den Familienkoch bestochen haben, das Festessen zu vergiften.

Sindh - Karachi

Am 20.07.13 explodierte ein Sprengsatz bei Essa Nagri (Karachi, Sindh), als Karachis Metropolitan Commissioner Matanat Ali Khan sein Büro im Civic Centre verließ. Sein Kraftfahrzeug und Fahrzeuge in der Nähe wurden zerstört, Khan blieb unverletzt. Zwei Menschen wurden verletzt und einer getötet, darunter der Leibwächter von Khan.

Am selben Tag wurde ein Büro der Awami National Party in dem Gebiet Gulshan-i-Buner des Stadtteils Landhi von Karachi angegriffen. Es gab nach Angaben der Polizei einen Toten und zwei Verletzte unter den Parteiangehörigen. Nach Angaben der Partei wurden sogar zwei ihrer Mitglieder getötet und acht verletzt. Zuerst sei eine Explosion erfolgt, dann sei das Feuer mit Schusswaffen eröffnet worden.

Am 18.07.13 wurde ein Polizist in Karachis Ferozabad Polizeidistrikt von Unbekannten auf Motorrädern erschossen, als er in Zivil unterwegs war. Er gehörte zur Besatzung der Ferozabad Polizeistation. Am gleichen Tag wurden zwei Polizisten der Azizabad Polizeistation (Karachi) auf einer Patrouille von Unbekannten mit Schusswaffen angegriffen. Beide wurden verletzt und ein Polizist verstarb im Krankenhaus.

In Nazimabad (Karachi) wurde ein Mitglied der islamischen Erweckungsbewegung Tablighi Jamaat von Unbekannten erschossen. Die Polizei vermutet einen sektiererischen Hintergrund.

Zwei Angehörige der Awami National Party wurden in der Qaimkhani Colony im Stadtteil Baldia Town (Karachi) von Unbekannten auf Motorrädern erschossen. Die Polizei vermutet private Gründe hinter der Tat.

Irak

Sicherheitslage

Am 19.07.13 verübte ein Selbstmordattentäter einen Bombenanschlag auf eine Moschee in der irakischen Stadt Wadschija. Dabei kamen mindestens 20 Menschen ums Leben. Am 20.07.13 starben bei einer Reihe von Bombenanschlägen in Bagdad mindestens 65 Menschen, 190 weitere wurden verletzt. In vorwiegend von Schiiten bewohnten Stadtteilen waren elf Autobomben und sechs am Straßenrand versteckte Sprengsätze explodiert. Weitere Anschläge gab es in Mossul, Madain, Kirkuk, Tadschi und Basajja. Am 22.07.13 wurden bei einem Selbstmordanschlag auf eine Armee-Patrouille mindestens zwölf Menschen getötet. Presseberichten zufolge starben im vergangenen Monat fast 800 Menschen durch Anschläge. Im Juli kamen bislang 460 Menschen bei Attentaten ums Leben.

Syrien

Optionen für amerikanischen Militäreinsatz

Der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs der amerikanischen Streitkräfte, Heeres-General Martin Dempsey, gab bei einer Anhörung vor dem Streitkräfteausschuss des Senats am 18.07.13 an, das Pentagon habe dem Weißen Haus mehrere Optionen für einen amerikanischen Militäreinsatz in Syrien vorgelegt. Es werde der „Einsatz von kinetischen Schlägen erwogen“. Der Begriff „kinetische Schläge“ wurde nicht näher ausgeführt. Das Pentagon teilt momentan die Einschätzung diverser Beobachter, dass die Truppen des syrischen Präsidenten gegenüber den Aufständischen wieder Oberhand gewonnen haben.

Kämpfe zwischen Kurden und islamistischen Gruppierungen

In den letzten Tagen eskalierten die Kämpfe zwischen kurdischen Kämpfern, vor allem der Partei der Demokratischen Einheit (PYD), und islamistischen Gruppierungen, insbesondere der Jabhat al-Nusra (JN). Dabei ging es hauptsächlich um die Kontrolle der Grenzübergänge zur Türkei und Ölfelder der Region. Am 16.07.13 griff die JN den Ort Ras al-Ain an. Nach zwei Tagen konnte sich die PYD dort durchsetzen und die Kämpfe verlagerten sich nach Osten, in die Nähe von Tall Abiad und östlich von Qamishli. Seit Monaten belagern Anti-Assad-Kämpfer auch die Stadt Afrin, in der auch Kurden aus Aleppo Zuflucht gefunden haben.

Weiterhin viele Todesopfer

Nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte, einer den Rebellen nahestehenden Nichtregierungsorganisation sollen Regierungstruppen am 21.07.13 in der Umgebung von Adra (Stadt nahe Damaskus) Rebellen in einen Hinterhalt gelockt haben. Mindestens 49 Menschen seien umgekommen. In der nordsyrischen Stadt Ariha habe eine Mörsergranate rund 20 Personen, darunter zwei Frauen und zwei Kinder, getötet, als sie kurz vor dem Fastenbrechen auf dem Marktplatz der weitgehend von Rebellen kontrollierten Stadt einschlug. Am 20.07.13 soll eine regierungstreue Miliz in Tartus (Küstenregion) 13 Mitglieder einer Familie, vermutlich in einem Racheakt, getötet haben, darunter vier Frauen und sechs Kinder.

Iran/Syrien

Designierter iranischer Präsident Ruhani sichert Assad weitere Unterstützung zu

Iran unterstützt auch nach dem Wechsel im Präsidentenamt weiter den syrischen Machthaber Bashar al-Assad. Die Teheraner Nachrichtenagentur Fars zitierte aus einem Schreiben des designierten iranischen Präsidenten Hassan Ruhani an Assad. Darin heißt es, Iran verbleibe an der Seite Syriens im Widerstand gegen die Feinde der Region, vor allem gegen das „zionistische Regime“ in Israel.

Libanon

Körperverletzung nach interreligiöser Eheschließung

Aus Ärger über die konfessionsübergreifende Heirat einer Drusin mit einem Sunniten schnitten in Bajsur (südöstlich von Beirut) ihre Brüder dem Mann bei einem vorgegebenen Versöhnungsgespräch den Penis ab. Es hatte sich um eine zivile Heirat gehandelt. Solche sind erst seit einigen Wochen möglich. Vorher konnten konfessionsübergreifende Ehen nur im Ausland geschlossen und später im Libanon registriert werden.

Prominenter Assad-Unterstützer getötet/Bombenanschlag auf Hizbollah-Konvoi

Die Gefahr eines Übergreifens des Bürgerkriegs in Syrien auf den Libanon wächst. Erstmals wurde im Libanon mit Mohammed Darrar Jamo (Dschamo) ein prominenter Unterstützer des syrischen Präsidenten von syrischen Rebellen erschossen. Die Tat geschah in Sarafand, dem vorwiegend schiitisch besiedelten Süden Libanons. Am 16.07.13 wurden bei einem Bombenanschlag nahe der syrischen Grenze auf einen Konvoi der schiitischen Hizbollah drei Menschen verletzt. Diese unterstützt die syrische Regierung.

Israel/Westjordanland

EU-Förderstopp für besetzte Gebiete beschlossen

Die EU will Israel in den besetzten Gebieten keine Fördermittel mehr zukommen lassen. Das sorgt für politische Spannungen zwischen Israel und der EU. Die EU will künftig in jeder Vereinbarung mit Israel ein Verbot der Förderung illegaler israelischer Siedlungen festschreiben. Diese bisher ungeschriebene Praxis solle nun in jedes neue Übereinkommen zwischen der EU und Israel über die Gewährung finanzieller Hilfen, Stipendien und aller anderen EU-Förderprogramme ausdrücklich aufgenommen werden, teilte die EU-Vertretung in Israel mit. Die EU treffe damit bewusst eine rechtliche Unterscheidung zwischen dem israelischem Staatsgebiet und den besetzten Gebieten. Die am 28.06.13 von der Kommission verabschiedeten Regeln wurden am 19.07.13 im Amtsblatt veröffentlicht und sollen ab 2014 wirksam werden. Im Gegensatz zur israelischen Regierung begrüßten die Palästinenser die Entscheidung. Auch der Generalsekretär der is-

raelischen Bürgerrechtsbewegung „Frieden Jetzt“ („Shalom Achshav“), Jariv Oppenheimer, begrüßte die Entscheidung.

Direkte Friedensgespräche sollen wieder beginnen

US-Außenminister John Kerry hat eine neue Runde direkter Nahost-Friedensgespräche zwischen Israel und den Palästinensern angekündigt. Unterhändler beider Seiten hätten eine Grundlage gefunden, die es ermöglichen, schon kommende Woche in Washington zusammenzukommen, so Kerry am 19.07.13 in der jordanischen Hauptstadt Amman. Die Direktverhandlungen zwischen beiden Seiten sind seit drei Jahren unterbrochen. Kerry ist zum sechsten Mal seit seinem Amtsantritt im Februar 2013 im Nahen Osten, um die Direktverhandlungen wieder in Gang zu setzen.

Libyen

Tripolis

Am 16.07.13 explodierten im Hay al-Zahour-Distrikt an der Airport Road in Tripolis Sprengsätze an einem Fahrzeug der Militärpolizei sowie drei Zivilfahrzeugen von Angehörigen der Militärpolizei. Die Fahrzeuge waren an verschiedenen Stellen gegenüber dem Innenministerium geparkt und wurden durch die Sprengsätze stark beschädigt. Menschen kamen nicht zu Schaden.

Derna

Ein Hauptmann der Such- und Rettungseinheit der Libyschen Luftwaffe namens Fathi El-Emami wurde in seinem Juweliergeschäft in Derna am 16.07.13 Opfer eines Attentats mit Schusswaffen. Er starb im Krankenhaus.

Bengasi

Am 19.07.13 wurde Hauptmann Aqeela Mailoud Al-Abadi, der am Tag zuvor entführt worden war, tot in der Nähe von Bengasi aufgefunden. Er arbeitete im Stab der Such- und Rettungseinheit der Libyschen Luftwaffe. Nach Angaben von Einwohnern könnte es sich um einen Racheakt ehemaliger Gefangener handeln.

Frauenfußballverband zieht Mannschaft von internationalem Turnier zurück

Die libysche Frauenfußballmannschaft nimmt entgegen seiner Zusage an einem internationalen Turnier in Deutschland mit Mannschaften aus Ägypten, Jordanien, Libanon, Palästinensischen Gebieten, Tunesien und Deutschland nicht teil. Als Begründung wurde der Ramadan genannt. Im Vorfeld hatte ein populärer Prediger aus Bengasi namens Salim Jabar im Fernsehen mitgeteilt, das Team sei sofort aufzulösen, da dessen Existenz gegen die Gebote des Islam verstoße. Die Teamchefin Fadwa el-Bahi teilte mit, dass die Spielerinnen von Extremisten bedroht worden seien. Sie hätten im Geheimen trainieren, ihre Gesichter verbergen, ihre Trainingsstätten wechseln und bewaffnete Wachen aufstellen müssen. Bereits im Juni hatte die extremistische Organisation Ansar al-Sharia, die der Beteiligung an der Tötung des US-Botschafters Chris Stevens verdächtigt wird, Frauenfußball verurteilt und mitgeteilt, dass dieser nicht mit der Sharia vereinbar sei.

Ägypten

Weiterhin Demonstrationen

Nach dem Freitagsgebet am 19.09.13 demonstrierten landesweit Zehntausende für die Wiedereinsetzung des gestürzten Präsidenten Mursi. Bei Auseinandersetzungen zwischen seinen Anhängern und Gegnern kamen in al-Mansura im Nildelta in der Nacht zum 20.07.13 drei Unterstützerinnen Mursis ums Leben. In Kairo forderten am 21.07.13 Tausende die Bestrafung der Verantwortlichen. Weitere Demonstrationen im ganzen Land verliefen weitgehend friedlich.

Seit der Entmachtung Mursis am 03.07.13 starben etwa 100 Menschen bei Zusammenstößen zwischen seinen Gegnern und Unterstützern.

Gewalt auf dem Sinai

Vermutlich Islamisten töteten im Norden des Sinais am 20.07.13 bei drei Überfällen zwei ägyptische Soldaten und einen Polizisten. In der Nacht auf den 22.07.13 fanden mindestens zehn weitere Angriffe auf Polizeiwachen und Armeeposten statt, bei denen sechs Menschen getötet wurden.

Seit dem Sturz von Präsident Mursi kommt es in der Region, die als Hochburg der Islamisten gilt, beinahe täglich zu Angriffen.

Russische Föderation

Gericht ordnet vorübergehende Freilassung von Putin-Kritiker Nawalny an

Alexej Nawalny, ein Putin-Kritiker, ist vorerst wieder auf freiem Fuß. Ein Gericht in der Stadt Kirow, 900 Kilometer nordöstlich von Moskau, setzte am 19.07.13 die Untersuchungshaft auf eine Haftbeschwerde hin aus, bis das Straflager-Urteil rechtskräftig ist. Die Beschwerde erfolgte überraschend auf Initiative der Generalstaatsanwaltschaft in Moskau. Mit der Anordnung des Gerichts soll dem 37 Jahre alten Anwalt die Teilnahme an der Bürgermeisterwahl in Moskau am 08.09.13 ermöglicht werden. Das Urteil selbst wurde nicht in Frage gestellt. Nawalny war am 18.07.13 in Kirow wegen Veruntreuung zu fünf Jahren Lagerhaft verurteilt worden. Die neue Gerichtsentscheidung gilt auch als eine Reaktion auf die spontanen Proteste gegen die Inhaftierung des Putin-Gegners. Allein in Moskau waren Tausende auf die Straße gegangen, um gegen die Haftstrafe zu demonstrieren. Dabei hat es rund 200 Festnahmen gegeben. Auch in anderen Städten gab es Proteste. In St. Petersburg wurden 50 Menschen in Gewahrsam genommen.

Der landesweit bekannte Blogger und Korruptionsbekämpfer Nawalny soll 2009 als Berater eine staatliche Holzfirma betrogen und Gelder veruntreut und so einen Schaden von 400.000 Euro verursacht haben. Das Gerichtsverfahren wurde auch international als „Schauprozess“ kritisiert, um einen potenziell gefährlichen Oppositionellen auszuschalten und andere Putin-Kritiker abzuschrecken.

Kosovo

Steigende Emigration

Laut kosovarischen Medienberichten stieg insbesondere in den letzten Monaten die Zahl der Reisenden spürbar an. Täglich sollen vom Busbahnhof Priština durchschnittlich 200 Personen nach Belgrad fahren. Das Ticket koste 15 Euro. Bei den meisten Fahrgästen handele es sich um junge Männer sowie um Familien mit Kleinkindern. Vermutlich überquert ein Großteil dann illegal die ungarische Grenze. Daneben gibt es den Verdacht organisierter Billig-Busreisen, z.B. in die Schweiz für 55 Euro. Auch sollen Schlepperbanden verstärkt Kosovaren nach Österreich bringen.

Im ersten Halbjahr 2013 sind die Asylantragstellerzahlen aus Kosovo europaweit angestiegen. So verzeichnet Deutschland eine Zunahme von fast 50 % gegenüber dem ersten Halbjahr 2012. In Österreich haben sich die Zahlen in den ersten fünf Monaten des Jahres 2013 vervierfacht. In der Schweiz stiegen die Zahlen im ersten Quartal 2013 um 21,8 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Gründe für den Anstieg sind vor allem wirtschaftliche Probleme. Trotz internationalen Engagements zeigt sich wirtschaftlich keine Verbesserung. 30 % der Bevölkerung leiden unter starker Armut, die Arbeitslosigkeit erreicht 40 %. Korruption und Misswirtschaft kommen hinzu.

Bosnien und Herzegowina

Höchste Arbeitslosenquote Europas

Mit einer Arbeitslosenquote von 44,5 % hat Bosnien und Herzegowina im Mai 2013 die höchste Arbeitslosigkeit in Europa. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt 60 %. Die Wirtschaft geriet 2012 in die Rezession. Tausende Arbeitsplätze, vor allem im Bau, im Bergbau und in der verarbeitenden Industrie gingen verloren.

Die Wirtschaftskrise wird von einer anhaltenden Regierungs- und Verfassungskrise überlagert.

Über weite Strecken der derzeitigen Legislaturperiode existierte Bosnien und Herzegowina ohne funktionierende Regierung. Der politische Stillstand setzt sich bis heute fort. In der Bevölkerung herrscht Unmut über das Nichtfunktionieren der staatlichen Strukturen, über Korruption und die prekären Verhältnisse.

Protestwelle gegen untätige Regierung erfolgreich

Im Juni hat Bosnien und Herzegowina eine heftige Protestwelle erfasst. Auslöser war die mangelnde Fähigkeit der Parteien, ein Gesetz zur Erteilung von einheitlichen Identifikationsnummern zu verabschieden. Diese Registrierungsnummer ist unverzichtbar für die Ausstellung einer Geburtsurkunde und wichtiger Ausweispapiere. Da sich Abgeordnete im Parlament nicht auf einen Gesetzesentwurf einigen konnten, erhielten Neugeborene seit Februar – nach Ablauf des ursprünglichen Gesetzes – keine Personaldokumente mehr. Das Schicksal eines schwerkranken Mädchens, das aufgrund ihres fehlenden Reisepasses nicht ausreisen konnte und starb, mobilisierte Tausende. Es kam zu anhaltenden Massenprotesten in Sarajevo und anderen Städten des Landes, zeitweise wurde das Parlament blockiert. Die Demonstranten nennen ihre Bewegung Bebolucij (Babyvolution). Die bosnische Regierung hat schließlich am 16.7.13 den Gesetzesentwurf zu Personenregisternummern angenommen.

Serbien

Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen 2014

Ende Juni hat die EU beschlossen, ab Januar 2014 mit Serbien über einen Beitritt zu verhandeln. Voraussetzung für den Beginn konkreter Verhandlungen ist die Umsetzung des „Brüsseler Abkommens“ zwischen Serbien und Kosovo vom 19.04.13 (vgl. BN v. 22.04.13; 29.04.13). Die 15-Punkte-Vereinbarung sieht eine Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten vor. Im Dezember soll die Umsetzung dieses Abkommens überprüft werden, der Beschluss zur Aufnahme der Verhandlungen muss dann noch einmal von den Mitgliedstaaten bestätigt werden. Mit Kosovo will die EU Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen aufnehmen.

Nigeria

Kein Waffenstillstand der Boko Haram

Am 13.07.13 widersprach Abubakar Shekau, der Anführer der islamistischen Terrororganisation Boko Haram, in einer Videobotschaft einer Mitteilung des Ministers für besondere Aufgaben und Vorsitzenden des „Präsidenten Komitees für Dialog und Wiederherstellung von Frieden im Nordosten“ Nigerias, Kabiru Turaki, vom 08.07.13. Darin hatte Turaki mitgeteilt, dass Muhammadu Marwana, angeblich der Vertreter von Shekau, einem Waffenstillstand zwischen der Boko Haram und der Regierung zugestimmt habe. Shekau erklärte in seiner Videobotschaft ferner, dass seine Gruppe den am 06.07.13 erfolgten Angriff auf die in der Stadt Mamudo (Potiskum Local Government Area) des nordöstlichen Bundesstaates Yobe gelegene weiterführende staatliche Internatsschule „Government Secondary School“ unterstützt habe. Er übernahm jedoch nicht die Verantwortung für das in der Schule erfolgte Massaker, bei dem laut offiziellen Angaben rund 30 Personen, nach einigen Presseberichten bis zu 42 Personen getötet worden waren. Gleichzeitig kündigte er an, dass nunmehr auch alle Lehrer, die „westliche Bildung“ vermitteln, Anschlagziele seien und vor den Augen der Schüler getötet werden sollen.

DR Kongo

Nord-Kivu: Ausbruch schwerer Kämpfe bei Goma zwischen M23-Rebellen und der Armee

Am 14.07.13 brachen etwa 12 km nordöstlich von Goma, der Hauptstadt der ostkongolesischen Provinz Nord-Kivu, heftige Kämpfe zwischen den M23 („Bewegung des 23. März“)-Rebellen und der Regierungsarmee aus. In den viertägigen Kämpfen, bei denen die Armee Hubschrauber, schwere Artillerie und Panzer einsetzte, gelang es den Regierungstruppen, die Rebellen einige Kilometer zurückzudrängen. Inzwischen sind auf kongolesischer Seite 1.200 tansanische und 800 südafrikanische Soldaten um Goma herum stationiert worden und haben mit Patrouillen begonnen. Sie sind Teil einer neuen rund 3.000 Mann starken UN-Interventionstruppe mit „robustem“ Mandat zur Bekämpfung der im Ostkongo aktiven Rebellengruppen. UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon erklärte am 19.07.13, dass die im Kongo stationierte UN-Friedenstruppe MONUSCO einschließlich der neuen Interventionsbrigade darauf vorbereitet sei, in die Kämpfe einzugreifen, falls diese die Zivilbevölkerung, insbesondere in Goma oder in Lagern für intern Vertriebene, bedrohen würden.

Südsudan

Tausende flohen nach Äthiopien

Nach UN-Angaben flohen in den vergangenen Wochen tausende Südsudanesen aus dem Distrikt Pibor in Jonglei nach Äthiopien. Seit Mai sollen 5.000 Südsudanesen dort Zuflucht gesucht haben. Insgesamt halten sich in Äthiopien derzeit etwa 62.000 Südsudanesen auf. Tausende weitere Menschen aus dem Distrikt Pibor suchen Schutz im Busch.

In Jonglei kämpft die südsudanesische Armee gegen eine Rebellenorganisation unter David Yau Yau, einem ehemaligen SPLM-Angehörigen aus der Ethnie der Murle. Zudem kommt es zu Gewalt zwischen den Ethnien der Lou-Nuer und der Murle, die sich immer wieder an Viehdiebstählen und Auseinandersetzung um Weiderechte entzündet.

Kamerun

Homosexuellenaktivist ermordet

Der prominente homosexuelle Aktivist Eric Ohena Lembembe wurde am 15.07.13 in seiner Wohnung in Kameruns Hauptstadt Jaunde gefunden, offenbar mit gebrochenem Genick sowie gebrochenen Füßen. Die genaue Todesursache und ein eindeutiges Motiv für die Tat sind noch immer ebenso unklar wie die Frage nach den Tätern. Lembembe gehörte zu den bekanntesten Aktivisten, die sich in Kamerun für die Rechte von Homosexuellen einsetzen. Er hatte Verhaftungen, Gewalt und Erpressung gegen Homosexuelle dokumentiert.

In Kamerun wird Homosexualität mit Haftstrafen von bis zu fünf Jahren geahndet. Laut Human Rights Watch werden im Land mehr Menschen wegen gleichgeschlechtlichen Aktivitäten verfolgt als in allen anderen Ländern südlich der Sahara.

Kenia

Kenias Vizepräsident muss in Den Haag vor den Internationalen Strafgerichtshof

Der Internationale Strafgerichtshof (ISStGH) hat am 15.07.13 entschieden, dass der Kriegsverbrecherprozess gegen den kenianischen Vizepräsidenten William Ruto am Sitz des Gerichts, Den Haag, und nicht in Kenia oder Tansania abgehalten wird. Das Verfahren soll im September beginnen. Der ISStGH hat Ruto aus Rücksicht auf dessen Amtspflichten bereits gestattet, Teilen des Prozesses fernzubleiben.

Ruto werden Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen. Er soll in Unruhen nach der Präsidentschaftswahl in Kenia 2007 verwickelt gewesen sein. Bei den ethnischen Ausschreitungen wurden mehr als 1.100 Menschen getötet und Hunderttausende in die Flucht getrieben. Ruto hat die Vorwürfe zurückgewiesen und vollständige Zusammenarbeit mit dem Gericht zugesagt. Zudem muss sich ab November auch der kenianische Präsident Uhuru Kenyatta im Zusammenhang mit den blutigen Unruhen vor dem ISStGH verantworten. Ihm werden ebenfalls Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Last gelegt. Auch Kenyatta bestreitet die Vorwürfe.

Eritrea

Abschiebungen nach Eritrea durch Israel

Israel hat damit begonnen, eritreische Asylbewerber in ihr Heimatland zurückzuführen. Weitere Rückführungen sollen in Kürze folgen. Der israelische Premierminister Netanyahu begründete dies mit der Bedrohung der inneren Sicherheit. In den letzten sieben Jahren seien über 60.000 afrikanische Migranten gekommen. Verschiedene Menschenrechtsorganisationen kritisierten insbesondere die Rückführung nach Eritrea. Sie verweisen auf die Länder in der Europäischen Union, die auf Abschiebungen nach Eritrea wegen der dort anhaltend schlechten Menschenrechtslage verzichten. Aus Israel hieß es, dass alle Eritreer freiwillig zurückkehren würden.

Erst im Juni hatte der UN-Menschenrechtsrat einen Bericht veröffentlicht, wonach es in Eritrea zu erheblichen Menschenrechtsverletzungen komme, z.B. zu außergerichtlichen Exekutionen, Vertreibung und Verschwindenlassen, willkürlichen Verhaftungen und Gefangenhaltungen an unbekanntem Orten.

Äthiopien

Verhaftung Oppositioneller nach Demonstration

In Addis Abeba sind mehrere Mitglieder und Unterstützer der oppositionellen Unity for Democracy and Justice (UDJ – Andnet) verhaftet worden. Anlass sollen Demonstrationen in den Städten Gondar und Dessie in der Region Amhara am 15.07.13 gewesen sein. Die insgesamt 42 Personen wurden am nächsten Tag wieder freigelassen. Nach Angaben des Vorsitzenden der UDJ und ehemaligen äthiopischen Präsidenten Negasso Gidada haben die ca. 90.000 Teilnehmer politische Reformen sowie die Freilassung politischer Gefangener verlangt. Die Regierung erklärte, dass es keine politischen Gefangenen in äthiopischen Gefängnissen gäbe und bezeichnete die Demonstranten als „islamische Extremisten“. Einer EU-Delegation wurde der Besuch eines Gefängnisses verweigert.

Kambodscha

Rückkehr von Oppositionsführer

Der kambodschanische Oppositionsführer Sam Rainsy ist aus dem französischen Exil in sein Heimatland zurückgekehrt. Er strebt eine Kandidatur bei den anstehenden Parlamentswahlen an.

Indien

Kaschmir: Indische Grenzschilder töten mehrere Demonstranten

Der nordindische Bundesstaat Kaschmir wird von neuen Unruhen erschüttert. Bei einer Kundgebung muslimischer Demonstranten haben Grenzschilder am 18.07.13 mindestens sechs Menschen erschossen, mehr als 20 weitere Personen wurden nach Angaben von Sicherheitskräften verletzt. Auslöser der Proteste soll ein Fehlverhalten von Grenzsoldaten am Tag zuvor gewesen sein. Sie hätten während des Gebets in einer Moschee im Dorf Dharam islamische Würdenträger angegriffen und mehrere Koranausgaben beschädigt. Besondere Brisanz hat der Vorfall, weil er sich während des islamischen Fastenmonats Ramadan abgespielt hat. Die Sicherheitskräfte gaben an, sie hätten militante Muslime gesucht.

Lebenslange Haftstrafen wegen Vergewaltigung

Vier Monate nachdem sie eine Schweizer Touristin vergewaltigt hatten, wurden sechs Inder zu lebenslanger Haft verurteilt. Nach Meinung von Prozessbeobachtern wollten die Richter mit dem harten Urteil offenbar ein Exempel statuieren. Indien hatte erst jüngst die Strafen für Gruppenvergewaltigungen erhöht. Die Mindeststrafe wurde von zehn auf zwanzig Jahre, die Höchststrafe auf lebenslänglich angehoben. Es ist das erste Urteil in einer Serie von Prozessen wegen Gruppenvergewaltigungen.

Myanmar

Freilassung politischer Gefangener angekündigt

Der myanmarische Präsident Thein Sein hat bei seinem Besuch in London angekündigt, bis Ende 2013 alle politischen Gefangenen freizulassen. Er strebe den Übergang von einem halben Jahrhundert Militärrherrschaft zur Demokratie an, sagte Thein Sein weiter. Teil der Reformen sei auch die Beilegung der ethnischen Konflikte. Dazu zählen auch die muslimischen Rohingya.